

Feierlicher Akt in Prag

# Deutsch-tschechische Aussöhnung besiegelt

Bundeskanzler Helmut Kohl und der tschechische Ministerpräsident Klaus haben am Dienstag, 21. Januar 1997, in Prag die deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung unterschrieben. Beide Regierungschefs würdigten im Anschluß an den feierlichen Akt im Prager Liechtenstein-Palais den Inhalt der Vereinbarung als zukunftsweisend. Helmut Kohl erklärte, die Erklärung solle helfen, „den Teufelskreis gegenseitiger Aufrechnung und Schuldzuweisung zu durchbrechen. Wir dürfen nicht Gefangene der Vergangenheit werden, sonst hätte die Vergangenheit gesiegt.“

Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland und Tschechien wolle den Weg der Zusammenarbeit und der Freundschaft, betonte Kohl. Versöhnung ließe

sich aber nicht verordnen. „Sie muß zwischen den Menschen wachsen – und ich hoffe, sie wird auch bei denen wachsen, die der deutsch-tschechischen Erklärung heute noch nicht zustimmen“, sagte der Kanzler. Er sicherte der Tschechischen Republik Unterstützung bei ihren Bemühungen um einen Beitritt in die EU und die NATO zu. Dieser Schritt sei von entscheidender Bedeutung für den Bau des Hauses Europa. Abschließend betonte Kohl: „Wir Deutschen wollen Ihnen gute Nachbarn sein. Wir wollen um Vergebung bitten und wir wollen vergeben.“

Der tschechische Ministerpräsident Klaus nannte den Text der Erklärung eine „kühne Resolution“, die zu einer „neuen Qualität der tschechisch-deutschen Beziehungen in der Gegenwart und vor allem in der Zukunft beitragen“ solle.

## Steuerreform : Aktuelle und schnelle Informationen

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle informiert aktuell und schnell über die Beschlüsse der Steuerkommission der Bundesregierung. Sie finden entsprechende Texte im KomSys (Fragen Sie in Ihrer CDU-Kreisgeschäftsstelle), im T-Online (\* CDU #) und im Internet ([http:// www.cdu.de](http://www.cdu.de)). Nutzen Sie unsere Online-Angebote für schnelle und fundierte Informationen.



Claudia Nolte:

## Härtere Strafen für Sexualtäter

Flachslanden, Epfach, Varel – kleine Orte, die zum Synonym für die schrecklichsten Verbrechen an Kindern geworden sind. Sie haben den Blick der Öffentlichkeit darauf gelenkt, wie sehr unsere Kinder durch sexuellen Mißbrauch bedroht sind, und welcher Gefahr körperlicher und seelischer Zerstörung sie ausgesetzt sind. Diese jüngsten Fälle haben zurecht die Frage aufgeworfen, wie wir künftig mit Sexualstraftätern umgehen wollen, und ob unser Rechtssystem noch in der Balance ist.

Der Schutz unserer Kinder muß Vorrang vor der Integration von Sexualstraftätern haben. Ich bin der Meinung, daß es nicht sein kann, einen gewöhnlichen Straßendiebstahl härter zu bestrafen als einen Verbrechen, der Kinder sexuell mißbraucht und ihnen damit lebenslange Schäden zufügt.

Deshalb setze ich mich dafür ein, den Strafrahmen für sexuellen Mißbrauch an Kindern deutlich zu erhöhen. Wir brauchen in schweren Fällen höhere Mindeststrafen sowie die Anhebung der Höchststrafe von zehn auf 15 Jahre. Ab-

schreckung durch Strafandrohung und eine konsequente Strafverfolgung sind Wege, solchen Delikten vorzubeugen und sie zu verhindern.

Wichtig sind auch die Therapien für Sexualstraftäter, damit sie nach der Haftentlastung nicht rückfällig werden. Hierbei müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um eine Re-Integration dieser Menschen zu gewährleisten. Die Bundesregierung wird bereits im nächsten Monat einen ausführlichen Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Therapie vorlegen.

Sexueller Mißbrauch ist in Deutschland aber nicht nur ein Problem für Polizei und Justiz. Es geht uns alle an. Wir müssen ein neues Bewußtsein in der Bevölkerung schaffen, vor allem bei Ärzten, Lehrern, Erziehern, Sportgruppenleitern etc., damit die oft stummen Hilferufe der Kinder gehört werden. Wir alle sollten auf die Kinder in unserem direkten Umfeld achten, denn Eltern können ihre Kinder nicht einsperren und total überwachen. Es ist wichtig, daß wir Kinder stark machen und sie ihr Kindsein auch ausleben dürfen!

### ● Kindesmißbrauch

Claudia Nolte: Härtere Strafen für Sexualtäter. Seite 2

### ● Drogen

Entkriminalisierung von Kleindealern wäre ein Fiasko. Seite 11

### ● NRW-CDU

Norbert Blüm als Landesvorsitzender wiedergewählt. Seite 13

### HEUTE AKTUELL

#### ● 50 Jahre JU

Helmut Kohl hielt Festrede bei Feier in Königstein. Seite 13

#### ● Öffentlichkeitsarbeit

Materialien der Bundesgeschäftsstelle zum Thema: „Aktion EURO“. Seite 20–24

### ● Uid-Extra

Bundesparteigericht zur Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Mitgliedschaft in „Scientology-Church“ und CDU. Beilage im Innenteil

### ● Dokumentation

Rede des Bundeskanzlers in Prag mit dem Wortlaut der Gemeinsamen Deutsch-Tschechischen Erklärung. Grüner Teil



„Berliner Erklärung“:

## Demokratie und Sozialstaat vor dem Pleitesozialismus schützen

Die „Erfurter Erklärung“ vom 9. Januar 1997 von Theologen, Schriftstellern, Gewerkschaftlern und Wissenschaftlern, die eine zukünftige Zusammenarbeit von PDS, Bündnisgrünen und SPD fordern, ist Ausdruck der Verbitterung alter und neuer Linksreaktionäre über das Verschwinden einer realsozialistischen Alternative zur parlamentarischen Demokratie und Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Sie dient der geplanten Weißwaschaktion der PDS auf ihrem bevorstehenden Parteitag. Die SED-Nachfolgerin soll nach Willen der Unterzeichner zu einer Partnerin in einer großen Linkskoalition zum Sturz der Regierung Kohl werden.

Die Vereinigungsgegner in Ost und West von 1989/1990 haben mit der Erfurter Erklärung zu gemeinsamer politischer Strategie und Programmatik gefunden. Sie nutzen die Arbeitslosigkeit und veränderte wirtschaftliche und soziale Bedingungen für ihre politischen Ziele, die in der Konsequenz zu einem Staatssozialismus im Geist einer reformierten DDR führen sollen. Dabei setzen sie dreist die von den Kommunisten in ganz Osteuropa angerichteten Schäden in Billionenhöhe auf die Rechnung des freiheitlichen Rechtsstaates. Wohin derartige wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen führen können, hat der Bankrott der DDR gezeigt.

Die Unterzeichner der Erfurter Erklärung möchten anknüpfen an außerparlamentarische Bewegungen in der Bundesrepublik. Gerade die Erfahrungen mit der westdeutschen Friedensbewegung haben gezeigt, daß dort, wo die DKP, der Westapparat der

SED, Einfluß gewann, undemokratische Ziele verfolgt wurden. Es kam zur Ignoranz gegenüber den oppositionellen Friedens- und Demokratiebewegungen in der DDR und anderen osteuropäischen Ländern und veränderte auch teilweise die Außen- und Sicherheitspolitik der SPD.

Unter dem Vorwand, die Regierung Kohl müsse abgewählt werden, verfolgen die Erfurter Unterzeichner erst einmal das Nahziel, jene Politiker in Bündnis 90/Die Grünen und SPD in Schwierigkeiten zu bringen, die sich einer Zusammenarbeit mit der SED-Nachfolgepartei noch widersetzen. Die Unterzeichner scheuen selbst die Geschichtsklitterung nicht. Der Herbst 1989 steht für sie nicht für den Sturz der SED-Diktatur, sondern für die kurze Zeit des Modrow-Sozialismus, in der die alten SED-Kader alles dafür taten, um ihre Partei, Positionen und Kapital in die neue Zeit hinüber zu retten. Seit dem „Aufruf für unser Land“ vom November 1989, als einige der Unterzeichner an der Seite von Egon Krenz die DDR als soziales Musterland retten wollten, haben sich linke Intellektuelle nicht wieder so blamiert.

Sie alle haben auf die Herausforderungen der Gegenwart keine praktikablen Antworten, sondern offerieren staatssozialistische Visionen. Wer gar von einem „Kalten Krieg gegen den Sozialstaat“ spricht und zum Klassenkampfdenken auffordert, propagiert den sozialen Bürgerkrieg und stellt damit die Grundlage unseres politischen und gesellschaftlichen Systems in Frage. Aus einer solchen Perspektive ist die Einbeziehung der SED-Nachfolgepartei in ein Reformbündnis nur konsequent.



Wie soll der politische Zustand dieser „staatssozialistischen Demokratie“ beschaffen sein? Wird Gerhard Zwerenz dann die Gelegenheit haben, seine schwarzen Gedächtnislisten polizeilich abzuarbeiten? Er hatte dies ja schon öffentlich angekündigt, als Bärbel Bohley Gregor Gysi kritisierte. Wird Daniela Dahn die westlichen „Kolonisatoren“ vertreiben können? Sie hat in ihrem letzten Buch zynisch bedauert, daß die Stasi die Oppositionellen nicht in ostdeutsche Schlösser interniert habe, weil die Internierten diese dann wenigstens von innen hätten betrachten können, bevor sie von den Westdeutschen aufgekauft worden seien. Wird Friedrich Schorlemmers Wunsch in Erfüllung gehen, daß die Dankbarkeit für gute Absichten wieder vor dem Recht steht, wie er es jüngst beim Meineidsprozeß gegen Modrow forderte?

Es ist eine Binsenweisheit, daß an den sozialen und ökonomischen Grundlagen der Demokratie gearbeitet werden muß. Es gibt sozial schlecht gestellte Gruppen: Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Jugendliche ohne Ausbildungsplätze. Andere Politikbereiche, wie Ausländer- und Umweltfragen, Dritte Welt- und Weltmarktprobleme usw. stellen Herausforderungen dar. Dafür wird gute Politik gebraucht, keine andere Republik. Die Suche nach Lösungen darf sich nicht in den Grenzen staatssozialistischer Konzepte der SED-Nachfolgepartei bewegen.

Noch müssen Demonstranten in Europa mit Kerzen gegen kommunistische Wahlfälscher und die Wiederkehr alter Verhältnisse vorgehen. Dort wird schon wieder eine „neue geistigmoralische Wende“ zum Staatssozialismus gefordert. Das Erfurter Papier zeigt, welche Berechtigung die schon von manchen als verstaubt betrachtete Frage „Freiheit oder Sozialismus“ hat. Es führt uns vor allem die Notwendigkeit vor Augen, die Demokratie und den Sozialstaat vor dem Pleitesozialismus zu schützen.

**Berlin, 17. Januar 1997**

**Angelika Barbe, Berlin**

**Prof. Dr. Gerhard Besier, Heidelberg**

**Rainer Eppelmann, MdB, Berlin**

**Karl-Wilhelm Fricke, Köln**

**Jürgen Hauskeller,**

**Pfarrer in Sondershausen**

**Uwe Hilmar, Berlin**

**Wolfgang Kupke, MdS, Halle**

**Vera Lengsfeld, MdB, Sondershausen**

**Prof. Dr. Peter Maser, Telgte**

**Ehrhard Neubert, Berlin**

**Hildigund Neubert, Berlin**

**Günter Nooke, Berlin**

**Dr. Klaus Schroeder, Berlin**

**Arnold Vaatz, Staatsminister, Dresden**

**Prof. Dr. Manfred Wilke, Berlin**

**Prof. Dr. Michael Wolffsohn, München**

**Dr. Ulrich Woronowicz,**

**Superintendent i. R., Berlin**

## **Vera Lengsfeld jetzt auch formell in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgenommen**

Die frühere DDR-Bürgerrechtlerin und Grünen-Abgeordnete Vera Lengsfeld ist am 14. Januar formell in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgenommen worden. Lengsfeld war Ende vergangenen Jahres zusammen mit anderen DDR-Bürgerrechtlern in die CDU eingetreten. Vera Lengsfeld soll ihre bisherigen Arbeitsgebiete im Parlament behalten. Sie will in der Umweltpolitik, dem Geschäftsordnungsausschuß und im Koko-Untersuchungsausschuß mitarbeiten.



## Bundesparteigericht bestätigt Parteiausschluß von Mitgliedern der „Scientology-Church“

**Das Bundesparteigericht der CDU hat die Entscheidungen zweier Landesparteigerichte bestätigt, durch die Mitglieder der „Scientology-Church“ aus der Partei ausgeschlossen worden waren (CDU-BPG 3/95 ® und 1/96 ®).**

Die CDU Deutschlands hatte auf ihrem Parteitag in Dresden am 17. Dezember 1991 beschlossen: „Die Mitgliedschaft in der ‚Scientology-Church (Sekte)‘ ist mit der CDU-Mitgliedschaft unvereinbar“ (C 47-Beschluß).

Das Bundesparteigericht hatte auf Antrag eines der jetzt ausgeschlossenen Mitglieder bereits im April 1993 entschieden, daß es sich bei dem C 47-Beschluß um einen allgemeinen Richtungsbeschluß der Partei handele, der jedoch nicht den automatischen Ausschluß von Mitgliedern der „Scientology-Church“ zur Folge habe. Vielmehr müsse in dem dafür von dem Parteiengesetz und dem Statut der CDU vorgesehenen Ausschlußverfahren in jedem Einzelfall geprüft werden, ob die rechtlichen Voraussetzungen für den Ausschluß vorlägen.

Das hat das Bundesparteigericht in jedem der beiden ihm jetzt zur Entscheidung vorgelegten Fälle bejaht.

Das Bundesparteigericht geht davon aus, daß eine Partei durch ihr höchstes Gremium, den Parteitag, um ihrer Profilierung und Glaubwürdigkeit willen Unvereinbarkeiten beschließen könne. Das Bundesparteigericht könne eine solche grundsätzliche Richtungsentscheidung weder auf politische Zweckmäßigkeit noch auf Übereinstimmung mit früheren Grundsätzen,

sondern nur darauf überprüfen, ob sie gegen höherrangiges Recht, insbesondere Verfassungsgrundsätze, verstoße.

Die Abgrenzung dürfe deshalb nicht ohne sachlichen Grund, nämlich willkürlich, erfolgt sein. Das sei bei dem C 47-Beschluß nicht der Fall. Da das Bild der Partei, was auch in Art. 21 Abs. 2 Grundgesetz Ausdruck gefunden habe, maßgeblich von dem Verhalten der sich zu ihr Bekennenden in der Öffentlichkeit geprägt werde, müsse dem Parteitag ein weiter Spielraum zugewilligt werden zu beschließen, welches Gedankengut und Verhalten anderer Gruppierungen die Partei in ihren eigenen Reihen um ihrer Ziele und Glaubwürdigkeit willen noch zu akzeptieren bereit sei. Schon aus den dem Bundesparteigericht zugeleiteten Unterlagen sowie aus allgemein zugänglichen Quellen könne das Bundesparteigericht nachvollziehen, daß die CDU den C 47-Beschluß nicht nur nicht willkürlich getroffen, sondern daß sie einsichtige Gründe gehabt habe, sich von dem Gedankengut und dem in der Öffentlichkeit gebotenen Bild der Organisation der Scientologen deutlich abzugrenzen. Dies wird im einzelnen anhand zahlreicher Veröffentlichungen der Zweiten und Dritten Staatsgewalt dargelegt. Gleichwohl komme ein automatischer Ausschluß nicht in Betracht. Jedoch hätten die in den Tatsacheninstanzen getroffenen Feststellungen ergeben, daß durch das Verhalten der Auszuschließenden, insbesondere ihr intensives Bekenntnis zu den Scientologen – auch in der Öffentlichkeit –, der Partei ein erheblicher



## Kanzler würdigte Sepp Herberger

**Bundeskanzler Helmut Kohl nahm an einem Festakt zum einhundertsten Geburtstag von Sepp Herberger in Mannheim teil. In seiner Festrede sagte er u. a.:**

Sepp Herberger war Mannheimer und hat hier in dieser Stadt und in dieser Region den größten Teil seines Lebens verbracht. Hier im Rittersaal hat er seinen 80. Geburtstag gefeiert. Der Film, den wir soeben gesehen haben, hat in mir die Erinnerung an Sepp Herberger wieder ganz lebendig werden lassen – vor allem an seinen größten Sieg 1954 in Bern.

Der deutsche Fußball hat Sepp Herberger viel zu verdanken. Fast 30 Jahre lang hat er als Trainer der Nationalmannschaft den Fußball bei uns bekannt und beliebt gemacht.

Der Gewinn der Fußball-Weltmeisterschaft von 1954 war die Krönung von Herbergers Laufbahn. Das „Wunder von Bern“ war mehr als ein sportlicher Erfolg. Immer wieder erzählen mir

Menschen, die ansonsten kein großes Interesse an Fußball haben, daß dieser Sieg etwas ganz Besonderes war.

Der Erfolg ist Sepp Herberger nicht in die Wiege gelegt worden. Er hat hart dafür gearbeitet.

Geduld, Ausdauer und Beharrlichkeit – diese Tugenden braucht es eben auch, um erfolgreich zu sein. Berti Vogts hat es wieder bewiesen. Er hat in jahrelanger Arbeit eine Mannschaft geformt, die mit Teamgeist und Einsatzbereitschaft im vergangenen Jahr Europameister wurde ...

Es geht dabei nicht nur um sportlichen Ruhm – um Einsatz, Können und Erfolg. Genauso wichtig ist, daß viele deutsche Fußballer sich auch im sozialen Bereich stark engagieren. In zahlreichen Benefizspielen und mit Aktionen wie „Keine Macht den Drogen“ zeigen der DFB und seine Mitglieder: Sport und Sportler können viel Gutes für die Menschen bewirken.

Schaden entstanden sei, so daß auch bei Abwägung der Verdienste der Betroffenen der von den Parteigerichten ausgesprochene Ausschluß rechtlicher Überprüfung standhalte.

Zur Klarstellung wird nochmals darauf hingewiesen, daß das Bundesparteigericht nicht eigene Feststellungen zu den Zielen und dem Vorgehen der Scientology-Organisation und dem Verhalten ihrer Mitglieder getroffen, sondern insoweit seiner Entscheidung den C 47-Beschluß des Bundesparteitages zugrunde gelegt hat.

## Niedrigste Teuerung seit der Einheit

Der Verbraucherpreisanstieg hat sich in Deutschland 1996 nochmals beruhigt. Das Statistische Bundesamt errechnete für den Jahresdurchschnitt eine Steigerungsrate von nur noch 1,5 Prozent nach 1,8 Prozent im Jahr 1995. Dies ist der geringste Anstieg seit der Einheit.

▲ Anmerkung: Siehe auch „UiD-Extra“ in dieser Ausgabe



# Hebron-Abkommen – Eine neue Chance für den Friedensprozeß

**Zur Vereinbarung über den israelischen Teilabzug aus Hebron erklärten der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Karl Lamers und der für die Beziehungen zu Israel und zu den Palästinensern zuständige Berichterstatter der Unionsfraktion Hermann Gröhe:**

Durch die Einigung über den israelischen Teilabzug aus Hebron erhält der Nah-Ost-Friedensprozeß nach monatelangen Verzögerungen und Unsicherheiten eine neue Chance. Dafür gebührt beiden Seiten, Yasir Arafat und Benjamin Netanjahu, aber auch US-Unterhändler Dennis Ross sowie insbesondere dem jordanischen König Hussein, Dank und Anerkennung.

Das Ergebnis bestätigt die Struktur der Oslo-Abkommen, wonach der weitere israelische Truppenabzug in der Westbank in der Interimsphase zu erfolgen hat und nicht – wie zwischenzeitlich von israelischer Seite gefordert – mit den späteren Vereinbarungen über die noch offenen Fragen (Staatscharakter des palästinensischen Gemeinwesens, Jerusalem, Siedlungen, Flüchtlinge) verknüpft wird.

Der israelische Ministerpräsident hat damit allen Vorstellungen eines die Westbank umfassenden Groß-Israel eine Absage erteilt, von der wir hoffen, daß sie die Mehrheit in der israelischen Regierung wie in der Knesset findet.

Die Hebron-Vereinbarung muß als Chance genutzt werden, neues Vertrauen zwischen den Beteiligten zu begründen und den Friedensprozeß beschleunigt voranzutreiben. Dazu gehört entschlossenes, aber rechtsstaatliches Handeln gegen terroristische Palästinensergruppen durch Arafat, aber auch gegen gewaltbereite israelische Siedler durch die israelische Regierung. Im Rahmen der Verhandlungen über eine endgültige Friedensregelung kann nicht zuletzt die Perspektive der Palästinenser auf einen eigenen Staat die Kompromißbereitschaft der palästinensischen Seite fördern und den berechtigten Sicherheitsinteressen Israels dienlich sein.

Für den Erfolg des Hebron-Abkommens und die Nutzung der damit verbundenen Chancen trägt auch die Europäische Union Mitverantwortung. Sie ist gefordert, entschieden auf eine vereinbarungsgemäße Umsetzung des Abkommens zu drängen.

## Schröder kein glaubwürdiger Ratgeber

Scharf kritisiert hat der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, die skandalösen Äußerungen von Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD), zur gemeinsamen europäischen Währung (EURO), Schröder tue alles, um Fortschritte bei der europäischen Einigung zu verhindern. Im übrigen sei Schröder kein glaubwürdiger Ratgeber für die europäische Währung, da er das Land Niedersachsen in den finanziellen Ruin getrieben habe.“



## Entschädigungs- und Ausgleichsleistungen, aber keine Rückübertragung

**Die Bundesregierung war und ist der Auffassung, daß die Enteignungen zwischen 1945 und 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone – die sogenannte Bodenreform, aber auch die Enteignungen der Industrie- und Gewerbeunternehmen – Unrecht waren und in vielen Fällen zu großem Leid geführt haben.**

Auf Grund der Haltung der Sowjetunion und der DDR war es nur möglich, den Abschluß des Zwei-Plus-Vier-Abkommens und die Wiedervereinigung zu erreichen, wenn es beim Ausschluß der Rückgabe der enteigneten Vermögenswerte und bei der Unumkehrbarkeit der Enteignungen blieb. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde in Ziffer 1 der Gemeinsamen Erklärung der beiden deutschen Staaten vom 15. Juni 1990 wie folgt formuliert:

Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945–1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen. Die Regierungen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik sehen keine Möglichkeit, die damals getroffenen Maßnahmen zu revidieren. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt dies im Hinblick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis. Sie ist der Auffassung, daß einem künftigen gesamtdeutschen Parlament eine abschließende Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichsleistungen vorbehalten bleiben muß.

Die Gemeinsame Erklärung wurde Bestandteil des Einigungsvertrages. Gesetzlich wurde der Restitutionsausschluß in § 1 Abs. 8 a des Vermögensgesetzes geregelt. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Grundsatzentscheidung vom 23. April 1991 den Restitutionsausschluß mit

eingehender Begründung für verfassungsgemäß erklärt.

In den letzten Jahren wurde insbesondere von interessierter Seite immer wieder angezweifelt, daß die Sowjetunion diese eindeutige Haltung in den Verhandlungen eingenommen hat. Eine erneute sorgfältige Prüfung der Verhandlungsakten sowie präzise Erklärungen von Generalsekretär Gorbatschow und dem Verhandlungsführer für die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, Kwizinski, haben jedoch klar bestätigt, daß die Sowjetunion bis zum Abschluß der Verhandlungen auf ihrer Vorbedingung bestanden hat.

### Erklärung von Kanzleramtsminister Friedrich Bohl am 16. Januar im Deutschen Bundestag

Entsprechendes gilt für die Regierung der DDR. Ministerpräsident de Maizière hat in der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht am 22. Januar 1991 nachdrücklich erklärt, daß sich eine Revision der Eigentumsordnung in der DDR zum sozialen Sprengstoff ersten Ranges entwickelt hätte. Es sei deshalb Ziel der von ihm geführten Regierungskoalition gewesen, nicht nur das sogenannte Bodenreformigentum im Bereich der Landwirtschaft, sondern die Unumkehrbarkeit der Bodenreform insgesamt sicherzustellen.

Das Bundesverfassungsgericht hat deshalb nach eingehender Auseinandersetzung mit den in der Öffentlichkeit aufgekommenen Zweifeln mit Beschluß vom 18. April



1996 ausdrücklich festgestellt, daß keine neuen Erkenntnisse vorlägen, die Einschätzung der Bundesregierung über die Verhandlungslage mit der Sowjetunion und der DDR in Frage stellen.

In den Verhandlungen mit der Sowjetunion und der DDR hat sich die Bundesregierung von Anfang an dafür eingesetzt, daß die von den Enteignungsmaßnahmen Betroffenen Ausgleichsleistungen erhalten. Die im Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz vorgesehenen Leistungen entsprechen den Entschädigungen für die nach 1949 Enteigneten, die – zum Beispiel wegen redlichen Erwerbs eines anderen – keinen Rückübertragungsanspruch haben.

Darüber hinaus hat die Regierungskoalition in äußerst schwierigen und langwierigen Verhandlungen gegen starken Widerstand der Opposition und eines Teils der neuen Bundesländer ein – wenn auch nur begrenztes – Rückkaufrecht im Rahmen der gesetzlichen Ausgleichsleistung für frühere Eigentümer von land- und forstwirtschaftlichen Flächen zu einem erheblich vergünstigten Kaufpreis durchgesetzt.

Zwar waren im Regierungsentwurf und in dem vom Deutschen Bundestag am 20. Mai 1994 beschlossenen Gesetz deutlich günstigere Erwerbsregelungen für die Alteigentümer vorgesehen, die jedoch in diesem Umfang vom Bundesrat abgelehnt wurden. Schließlich haben Bundestag und Bundesrat dem Kompromißvorschlag des Vermittlungsausschusses zugestimmt, um das Gesetz nicht scheitern zu lassen.

Obwohl der Bundesregierung die Zustimmung damals nicht leichtgefallen ist, hält sie das Ergebnis jedoch auch noch heute für einen akzeptablen Kompromiß.

Dieses gilt insbesondere für die Höhe des vergünstigten Kaufpreises. Er wird auf der Grundlage des dreifachen Einheitswertes von 1935 berechnet, der auch Bemessungsgrundlage für die Entschädigungen und Ausgleichsleistungen bei land- und

forstwirtschaftlichen Flächen ist, im Durchschnitt dürfte er unter der Hälfte des heutigen Verkehrswertes für solche Flächen liegen.

Es war Auffassung der Bundesregierung und insbesondere der Verfassungsressorts, daß ein deutlich niedrigerer, eventuell sogar nur „symbolischer“ Kaufpreis die „Wertschere“ zwischen dem Wert der zurückgekauften Fläche und der Entschädigung oder Ausgleichsleistung zu weit öffnen würde. Damit würde gegen den vom Bundesverfassungsgericht in dieser Frage besonders herausgestellten Gleichheitsgrundsatz verstoßen.

Es trifft auch nicht zu, daß der Staat über etwa 80 Prozent der Bodenreformflächen frei disponieren kann, diese Flächen also dem früheren Eigentümer sozusagen zurückschenken könnte. Durch das in § 3 des Ausgleichsleistungsgesetzes geregelte Flächenerwerbsprogramm wird über die gesamte land- und forstwirtschaftliche Fläche in Staatshand verfügt. Wenn alle nach EALG bevorrechtigten Erwerber – Pächter und Alteigentümer – von ihrem Kaufrecht in der ihnen zustehenden Größenordnung Gebrauch machen, wird die gesamte verfügbare bundeseigene Fläche – zirka 900.000 Hektar landwirtschaftliche Fläche und 600.000 Hektar forstwirtschaftliche Fläche – für den vergünstigten Erwerb in Anspruch genommen.

Sollten wirklich bis Ende 2003 nicht alle Flächen gekauft worden sein, können nach dem Gesetz, das dieses Hohe Haus beschlossen hat, die Berechtigten nochmals Land vergünstigt hinzuerwerben; Alteigentümer bis zu 1.000 Bodenpunkten, Pächter bis 2.000 Bodenpunkten. Es bleibt also faktisch keine landwirtschaftliche Fläche in Staatshand übrig, die über das Flächenerwerbsprogramm hinaus den Alteigentümern zurückgegeben werden könnte. Die gesamte Fläche ist durch das EALG sozusagen belegt.



Die Bundesregierung geht davon aus, daß das Bundesverfassungsgericht die Übereinstimmung des EALG mit der Verfassung bestätigen und die Europäische Kommission keine Einwendungen gegen das Flächenenerwerbsprogramm erheben wird.

Ein besonderes Problem sind in diesem Zusammenhang die russischen Rehabilitierungsentscheidungen, die aber nicht im Zentrum der heutigen Debatte stehen. Welche Konsequenzen diese russischen Entscheidungen im Hinblick auf unser Recht, § 1 Abs. 7 des Vermögensgesetzes, und unsere internationalen Verpflichtungen haben, bedarf noch weiterer sorgfältiger Prüfung.

Mitteilen möchte ich dem Hohen Haus allerdings, daß mit Schreiben vom 10. Dezember 1996 der russische Außenminister Primakow Herrn Kollegen Kinkel als Auffassung der russischen Seite mitgeteilt hat, die russischen Rehabilitationsbeschlüsse berührten keine Vermögensfragen und schafften keine juristische Grundlage für die Rückgabe der auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage enteigneten unbeweglichen Vermögenswerte. Diese Position sei völkerrechtlich festgelegt und unterliege keiner Revision. – Soweit Außenminister Primakow.

Zusammenfassend darf ich für die Bundesregierung nochmals betonen, daß sie

zur Gemeinsamen Erklärung vom 15. Juni 1990 eindeutig steht und für eine Gesetzesinitiative zur Änderung des EALG oder zur Streichung des Restitutionsausschlusses für Enteignungen zwischen 1945 und 1949 keine Veranlassung sieht. Alles andere würde Hoffnungen wecken, die nicht erfüllt werden können.

Gestatten Sie mir eine persönliche Bemerkung zum Schluß. Wer das EALG ändern will, der wird um der Gerechtigkeit willen nicht umhinkommen, auch die anderen relevanten Gesetze einer Prüfung zu unterziehen.

Wir könnten uns in einem solchen Fall mit großer Wahrscheinlichkeit nicht allein auf die materiellen Schäden beschränken, sondern müßten auch die immateriellen Schäden in den Blick nehmen. Ich persönlich kann von einem solchen Vorgehen politisch nur abraten.

Die schlimmen Folgen der deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert werden juristisch und wirtschaftlich nie so aufgearbeitet werden können, daß jedermann die gewünschte Gerechtigkeit widerfährt. Wer die innere Einheit unseres Landes verwirklichen will, wird sich selbst eingestehen müssen, daß – bei allem Bemühen um Gerechtigkeit – die gewaltigen Probleme von Krieg, Vertreibung und Teilung von uns allen nur sehr unvollkommen gelöst werden können.

## Michaela Geiger neue Vizepräsidentin des Bundestages

**Michaela Geiger ist zur neuen Vizepräsidentin des Bundestages gewählt worden. Sie erhielt in geheimer Wahl 407 von 616 abgegebenen Stimmen, bei 36 Gegenstimmen, 116 Enthaltungen und neun ungültigen Wahlzetteln.**

Auf Geigers Gegenkandidatin Dagmar Enkelmann (PDS) entfielen 48 Stimmen. Die bisherige Parlamentarische

Staatssekretärin im Verteidigungsministerium tritt damit die Nachfolge des Ende 1996 gestorbenen CSU-Politikers Hans Klein an. Michaela Geiger war auf Vorschlag der CSU-Landesgruppe im Bundestag von der Unionsfraktion offiziell nominiert worden. Neben ihr hat Parlamentspräsidentin Rita Süßmuth noch drei weitere Stellvertreter: Hans-Ulrich Klose, Antje Vollmer und Burkhard Hirsch.



# „Die Entkriminalisierung von Kleindealern wäre ein Fiasko“

Ginge es nach der SPD-Bundestagsfraktion, würde das Betäubungsmittelgesetz dahingehend geändert, daß künftig der Besitz einer „gewöhnlichen Wochenration“ Rauschgift zum Eigengebrauch straflos bleibt. Darüber hinaus will der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf, daß die Staatsanwaltschaft sogar dann von Strafverfolgung absehen kann, wenn ein Süchtiger zur Finanzierung seiner eigenen Sucht mit Drogen dealt.

Einerseits beklagt die SPD in der Begründung ihres Antrags den unverminderten „Zufuhrdruck bei allen Rauschgiften“ und erhebt gegen die Bundesregierung den Vorwurf, sie habe Deutschland zum „Paradies für die internationalen Drogenbarone“ werden lassen. Andererseits eröffnet die SPD genau diesen Drogenbaronen neue Vertriebswege. Denn die Drogenmafia könnte Kleindealer anwerben und beliefern. Würden diese dann mit einem „gewöhnlichen Wochenverbrauch“ aufgegriffen werden, könnten sie sich auf „Eigenverbrauch“ berufen und damit von vornherein auf gesetzlich zugesicherte Straflosigkeit vertrauen. Würde ihnen Drogenhandel nachgewiesen, könnten sie sich auf den „Zweck zur Finanzierung des unmittelbaren Eigenverbrauchs“ berufen und so auf Einstellung des Verfahrens hoffen. Daß hinter dem abhängigen Kleindealer letztlich die organisierte Kriminalität als Lieferant steht müßte auch der SPD bewußt sein.

Die SPD-Vorschläge treffen zeitlich zusammen mit neuen Rekordmarken im Drogentourismus zwischen den Niederlanden und Deutschland, wobei schon jetzt nach Aussage des Düsseldorfer Zollamtschefs drei Viertel der Verfahren wieder eingestellt werden, weil sogenannte „ge-

ringfügige Mengen“ geschmuggelt wurden. Diesen „Ameisenschmuggel“ will die SPD unter Anhebung der „geringfügigen Menge“ auf einen Wochenbedarf legalisieren, mit der Folge einer enormen Angebots- und Konsumvermehrung illegaler Drogen.

**Von Hubert Hüppe MdB,  
drogenpolitischer Bericht-  
ersteller der Arbeitsgruppe  
Gesundheit der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion**

Während die SPD die Begünstigung des Kleindealertums damit begründet, man könne sich dann besser auf die Verfolgung der organisierten Kriminalität konzentrieren, will sie gleichzeitig die Möglichkeit abschaffen, daß das Gericht von Strafe absieht, wenn ein Kleindealer gegen seine Hintermänner aussagt. Dieser Vorschlag der SPD dürfte die ungeteilte Sympathie der Drogenbarone finden.

Der SPD-Entwurf sieht weiterhin vor, daß jeder Arzt auch ohne zwingende therapeutische Notwendigkeit Betäubungsmittel verschreiben darf. Die jetzt schon vorhandene graue Substitution mit Codein und Methadon wird sich damit erheblich ausweiten. Außerdem will die SPD die „vollautomatische Genehmigung“ zum Beispiel einer staatlichen Heroinabgabe oder der Haschischabgabe in Apotheken, wenn eine Landesregierung nur behauptet, dies liege im öffentlichen Interesse des Landes. Eine Prüfung durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte würde nicht mehr stattfinden, und durch die Ver-



## Schulungen für hauptamtliche Mitarbeiter/innen 1997

Wegen der Vorbereitungen für das Wahljahr 1998 werden alle Schulungen im ersten Halbjahr 1997 durchgeführt. Für die Mitarbeiter/innen aus den Landes- und Kreisverbänden haben wir neben dem gewünschten Aufbaueminar auch einen Kurs für neue Mitarbeiter/innen im Angebot, der aber auch von Kolleginnen besucht werden kann, die bisher noch nicht bei uns waren.

Den Landes- und Kreisverbänden wurde Anfang Januar das ausführliche Programm zugesandt. Falls Sie es nicht erhalten haben, können Sie es bei **Frau Krischel (Telefon:**

**02 28 / 54 4-5 25)** noch einmal anfordern.

Hier unser Angebot auf einen Blick:

**3. bis 7. März 1997:** Praktikum für neueingestellte Kreisgeschäftsführer/innen. Ort: Bonn

**27. bis 30. April 1997:** Seminar für neue Mitarbeiter/innen aus den Landes- und Kreisverbänden. Ort: Wesseling

**15. bis 20. Juni 1997:** Aufbaueminar für Kreisgeschäftsführer/innen. Ort: Wesseling

**Herbst 1997:** bei Bedarf: weiteres Praktikum für neueingestellte Kreisgeschäftsführer/innen

fürbarkeit von Drogen entstehende Sogwirkungen auf benachbarte Bundesländer blieben unberücksichtigt. Das wäre das Ende einer bundeseinheitlichen Drogenpolitik.

Sogar das öffentliche „Auffordern“ zum illegalen Drogenkonsum will die SPD jetzt straffrei stellen. Wessen Interessen sollte dies letztlich dienen? Denn der Werbung für Drogen etwa im Internet, auf Tanzveranstaltungen oder in Jugendzeitschriften wäre dadurch Tür und Tor geöffnet. Das dient der Konsumausweitung, nicht der Prävention von Drogen.

Bislang bestand Konsens, daß ein Gesetz zunächst dem Schutz der Menschen zu dienen hat. Natürlich soll und muß Abhängigen geholfen werden. Aber für die CDU hat der Schutz Unbeteiligter Vorrang: Eltern haben berechtigten Anspruch darauf, daß ihre Kinder in der Schule oder Disco keine Drogen angeboten bekommen – und dies unabhängig davon, ob der Dealer selbst süchtig ist oder nicht.

Die Vorstellungen der SPD – würden sie je Wirklichkeit – wären ein unübersehbares Freigabe-Signal. Das Rauschgiftangebot würde gesteigert, wertvolle Präventionsarbeit zerstört und die Verfolgung der Drogenbosse weiter erschwert. Einem derartigen drogenpolitischen Fiasko wird sich die CDU/CSU-Fraktion mit allen Mitteln entgegenstellen.

## Personalie

Der südbadische CDU-Europaabgeordnete Karl von Wogau (EVP/CDU) ist am 16. Januar in Straßburg von den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik erneut zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt worden. Wogau bekleidet dieses Amt seit der letzten Europawahl im Juni 1994.



Helmut Kohl:

## „JU hat alle Erfolge und Niederlagen der Partei mitgetragen“

**Wenn sich ein echter Freund der Jungen Union etwas in den Kopf gesetzt hat, ist ihm kein Weg zu lang, keine Straße zu glatt. Über 250 Gäste kamen aus dem gesamten Bundesgebiet am 18. Januar nach Königstein im Taunus. Trotz Eis und Schnee wollten sie sich den Festakt zum 50jährigen Bestehen der Jungen Union Deutschlands nicht entgehen lassen. Selbst der CDU-Vorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl hielt sein Versprechen und rutschte zum großen Tag der JU.**

Eingeladen war, wer sich in den vergangenen 50 Jahren für die JU auf Bundesebene stark gemacht und somit den Erneuerungsmotor für die Mutterparteien CDU und CSU angekurbelt hat. Die Gästeliste konnte sich sehen lassen: Gründungsmitglieder von 1947 wie Richard Stücklen, Rudolf Luster und Rudolf Birkel und fast alle JU-Bundesvorsitzenden der 50 Jahre von Gerhard Stoltenberg, Egon Klepsch, Jürgen Echternach bis Matthias Wissmann, Christoph Böhr und Hermann Gröhe waren dabei. Viele Alte, wenig Junge – als Aktive geladen waren die Mitglieder des Deutschlandrates, Landesvorsitzende und Landesgeschäftsführer sowie der kompletten Bundesvorstand der Jungen Union.

Gefragt waren primär die ehemaligen Ehrenamtlichen. „Wir werden beim Deutschlandtag vom 24. bis 26. Oktober in Magdeburg eine Riesenfete für Delegierte und alle Freunde der JU veranstalten“, erklärte der jetzige JU-Chef Klaus Escher.

Bundeskanzler Kohl, der von 1954 bis 1961 stellvertretender JU-Vorsitzender in Rheinland-Pfalz war, würdigte die Arbeit

der Jungen Union und sagte: „Die JU hat alle Erfolge und Niederlagen der Partei mitgetragen“. Und weiter: „Das ist für mich persönlich ein Stück meines Lebens“. Sein Wunsch an die Parteijugend war, daß „wir im Maß der Zeit nicht vergessen, wo wir herkommen“. Eine Partei sei nicht nur eine Interessens-, sondern auch eine Ideengemeinschaft, in der man auf den Schultern vieler stehe. Sie sei trotz „scharfkantiger Auseinandersetzungen“ politische Heimat für Mitglieder und Freunde; das dürfe man nicht vergessen.

### 250 Gäste beim Festakt zum 50jährigen Bestehen der Jungen Union Deutschlands

Einige JU-Bundesvorstandsmitglieder bedauerten, daß der Bundeskanzler zu wenig über die Junge Union an sich gesprochen hatte. „Dabei hätte er so gut ein paar Anekdoten in bezug auf die JU erzählen können, Humor hat der Kanzler ja, denn gepiesackt haben wir ihn als CDU-Chef in den letzten Jahren schon“, sagte ein Bundesvorstandsmitglied.

Kämpferisch und motivierend, so der Tenor vieler Gäste, die Rede von Klaus Escher. Der 31jährige Jurist aus Koblenz berichtete vom abnehmenden Politikinteresse der Jugend und begründete: „Die moderne, offene Gesellschaft des Jahres 1997 erlaubt es dem einzelnen anscheinend – und im Unterschied zu 1947 –, einen Bogen um alles Politische zu machen; so als





Ein Prosit auf das Jubiläum: Hildegard Müller (stv. Bundesvorsitzende), Thorsten Reschke (Vorsitzender Berlin), Martin Leuschner (Geschäftsführer Berlin), Thomas Lunacek MdL mit Frau Susanne (Vorsitzender Brandenburg), Harald Schmidt, Robert Hauber (beide JU-Bundesvorstand).

hätten individuelle Lebensplanung und politische Entscheidungen im Staate nichts miteinander zu tun.“ Ein Lichtblick



**Kämpferisch und motivierend war die Rede des JU-Bundesvorsitzenden Klaus Escher beim Festakt zum 50jährigen Bestehen der CDU/CSU-Jugendorganisation.**

sei aber, daß die CDU bei jungen Wählern erfreulich hoch im Kurs stehe.

In Talkrunden mußte die JU-Prominenz Rede und Antwort stehen. Kritische Töne schlug dabei der frühere rheinland-pfälzische Innenminister Heinz Schwarz an: „Ihr seid immer so nett zueinander“, sagte er an die JU-Funktionäre gerichtet, „Ihr wollt niemandem wehtun“. Darauf reagierte Eschers Vorgänger Hermann Gröhe, der jetzt Sprecher der Jungen Gruppe der CDU im Bundestag ist: „Ich bin schon oft aufgefordert worden, kritischer zu sein. Im konkreten Fall ist es aus der Sicht anderer aber häufig der falsche Ton, das falsche Thema und die falsche Kritik.“

Zu interessanten generationsübergreifenden Gesprächen kam es beim Abendessen nach dem über vierstündigen Festakt. Bei aller Auseinandersetzung, bei aller Diplomatie, bei allem Streit und al-



## Sachtexte – Anekdoten – Bilder

### Neues Buch über „50 Jahre Junge Union“

**A**rchive, alte Akten, alte Bücher – alle Infos über die Junge Union Deutschlands aus den letzten 50 Jahren sind Grundlage für das eigens

zum JU-Jubiläum erstellte Buch: „50 Jahre Junge Union«. Auf 168 Seiten wird darin mit Sachtexten,

Anekdoten und vor allem vielen Bildern der rote Faden durch die 50jährige Geschichte der JU gezogen. Eine Redaktion gesteuert von dem Team der JU-Bundesgeschäftsstelle hat sich für die Recherche und das Schreiben der Texte ein Jahr Zeit genommen.

Das lesenswerte Buch kann in der JU-Bundesgeschäftsstelle (Annaberger Str. 283, 53175 Bonn) für 20 DM zuzüglich der Portokosten bestellt werden. Eine Einzugs-ermächtigung ist der Bestellung beizulegen.



**Tolles Buch über die Geschichte der Jungen Union – für nur 20 DM zu bestellen!**

ler Freundschaft ist für Klaus Escher die Aufgabe der Politik heute ebenso wichtig wie vor 50 Jahren. Botschaft des 50jährigen JU-Jubiläums sei, daß es sich lohnt, politisch zu arbeiten, so der JU-Chef. „Es ist faszinierend, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen“ und gerichtet an die Gäste: „Sie alle sind der eindrucksvolle Beweis dafür, daß man

dabei auch noch Freundschaften schließen kann.“ Escher zum Abschluß: „Sorgen wir dafür, daß auch künftige Generationen Luft zum Atmen und Luft zum Gestalten haben, und bauen wir weiter an Ihrem Lebenswerk, Herr Bundeskanzler, der europäischen Einigung. Dies sind unsere Pflichten – als Christenmenschen wie als Demokraten.“



# Norbert Blüm bleibt Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen

**Unter dem Motto „Gemeinsam für Zukunft“ fand der 15. Landesparteitag der CDU in Nordrhein-Westfalen vom 17. bis 18. Januar 1997 in Bonn statt. Im Mittelpunkt stand die Neuwahl des Landesvorstandes. Vorsitzender der nordrhein-westfälischen CDU bleibt Bundesminister Dr. Norbert Blüm. Weitere zwei Jahre steht ihm als Generalsekretär Herbert Reul zur Seite.**

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wählten die über 650 Delegierten die Parlamentarische Staatssekretärin im Finanzministerium Irmgard Karwatzki, den Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers, die Parlamentarische Staatssekretärin im Bauministerium Christa Thoben, die künftige Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesforschungsministerium Elke Wülfing und den Agrarpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Eckard Uhlenberg. Vervollständigt wird der geschäftsführende Vorstand durch Laurenz Meyer, der als Schatzmeister wiedergewählt wurde. Darüber hinaus wählte der Landesparteitag weitere 31 Beisitzer.

Der Parteitag hat gezeigt, daß die CDU in Nordrhein-Westfalen die Frauenquote ernst nimmt. 16 von 39 Mitgliedern des neu gewählten Landesvorstandes sind Frauen. Mit einem Frauenanteil von 41 Prozent hat damit die CDU in Nordrhein-Westfalen die Vorgaben des letzten Bundesparteitages in Hannover mehr als erfüllt. Die Frauenquote wurde sowohl bei den Wahlen zum Landesvorstand als auch bei den Delegiertenwahlen zum Bundesausschuß und Bundesparteitag jeweils im ersten Wahlgang erfüllt.

In seinem politischen Bericht rechnete Norbert Blüm mit der rot-grünen Koaliti-

on in Düsseldorf schonungslos ab: „Das rot-grüne Modell, unter dem NRW leidet, kann nicht das Modell für Deutschland sein. Der Modellversuch Rot-Grün ist in Nordrhein-Westfalen gescheitert. Vertagen und Verzagen charakterisiere die NRW-Regierung.“ Blüm weiter: „In Düsseldorf regiert nicht einfach Rot-Grün, sondern eine 4-Parteien-Koalition. Zwischen rechten und linken Sozialdemokraten, zwischen Grünen, Fundis und grünen Realos gibt es nur eine Übereinstimmung: Machterhalt.“ Nach Meinung des Bundesarbeitsministers ist die SPD in NRW ausgelaut.

Breiten Raum in der Rede von Norbert Blüm nahm die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland und am Rhein und an der Ruhr ein. „Unsere Hauptaufgabe heißt: Arbeit für alle!“ Mit diesem Appell forderte er Tarifpartner und die Politik auf, gemeinsam den Kampf gegen Arbeitslosigkeit aufzunehmen. Nach Ansicht von Blüm gibt es genug Arbeit. Sie müsse nur neu organisiert werden und bezahlbar bleiben. „Die Schlüsselbegriffe für eine erfolgreiche Überwindung der Massenarbeitslosigkeit sind Innovation, Investition und Kostenentlastung.“ Statt den Kündigungsschutz weiter zu lockern und die Sonntagsarbeit zu erweitern, setzte sich der Vorsitzende des größten CDU-Landesverbandes für mehr Teilzeitarbeit, weniger Überstunden und neue Zukunftstechnologien ein, durch die, setzte man sie konsequent um, bis zu 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze in Deutschland entstehen könnten.

Hauptpunkte der Rede von Generalsekretär Reul waren die Parteireform und die Bildungspolitik. Reul verwies zunächst auf das bisher Erreichte: „Die



NRW-CDU ist kein politisches Gebäude unter Denkmalschutz, sondern ist in der politischen Landschaft von Nordrhein-Westfalen zur Reformkraft geworden.“ Beispielhaft nannte er dafür die Direktwahl des Bürgermeisters, die ohne die CDU in NRW nie durchgesetzt worden wäre. Auch die innerparteilichen Reformschritte, wie eine stärkere Berücksichtigung von Frauen in der Partei, mehr Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitglieder, neue Instrumente wie Mitgliederbefragung und Schnuppermitgliedschaft, zeigten positive Wirkung. Reul: „Wir sind programmatisch moderner als die SPD. Wir sind organisatorisch besser, wir sind offener für Bürgerbelange und wir holen in der Wählergunst auf.“ Gleichzeitig warnte der Generalsekretär davor zu glauben, man habe das Ziel bereits erreicht. Reul forderte die Parteitag delegierten auf, den Weg der Parteireform fortzusetzen, denn wer den Staat erneuern wolle, müsse zuerst seine Partei erneuern. Der Generalsekretär warf der rot-grünen Koalition vor, daß sie eine Schule der Beliebigkeit vorantreibe. Der Fachunterricht würde unter Rot-Grün zurückgedrängt und die Noten in der Grundschule abgeschafft. Systematisch würde in Nordrhein-Westfalen die Schullandschaft umgestrickt. Das rot-grüne Schulkonzept erhebe „Spaßmachen“ zum obersten Prinzip für Schule. Reul rief den Parteitag auf, es nicht zuzulassen, daß die soziale Leistungsschule zum „Phantasie-land zwischen den Ferien“ verkomme. „Was wir brauchen, ist ein leistungsfähiges, differenziertes, die unterschiedlichen Begabungen förderndes innovatives Schul- und Bildungswesen.“

---

## **Linssen: Diese Koalition macht unser Land kaputt**

---

Ebenso wie seine Vorredner ging auch der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Linssen, mit der rot-grünen

Koalition in Nordrhein-Westfalen hart ins Gericht. „Diese Koalition macht unser Land kaputt.“ Die Arbeitslosigkeit in NRW sei heute fast doppelt so hoch wie in Bayern und Baden-Württemberg. Die Strukturkrise in NRW habe längst alle Branchen und Regionen erfaßt. Zu all dem schweige der Ministerpräsident des Landes. Dr. Linssen: „Was unser Land braucht, ist eine marktwirtschaftliche Erneuerung durch neue Betriebe und neue Produkte. Dazu braucht Nordrhein-Westfalen ein investitionsfreundliches Klima. Hierzu gehört neben einer generellen Technikoffenheit auch die Bereitschaft der Landesregierung, die Infrastruktur in unserem Land zu erhalten und auszubauen sowie den Einstieg in neue Technologien politisch und finanziell zu unterstützen.“

Neben der Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion stand am zweiten Tag des Parteitages ein Forum zum Thema „Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstum“ im Mittelpunkt. In einem vielbeachteten Referat trug der Vorsitzende des Vorstandes der Siemens AG, Dr. Heinrich von Pierer, vor, daß wegen der zu hohen Steuern und Lohnkosten in Deutschland noch immer viele Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagern würden.

Im Anschluß an dieses Forum beschloß der Parteitag einen Antrag zur Sozialen Marktwirtschaft, in dem sich die CDU Nordrhein-Westfalen ausdrücklich zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft bekennt. Nach Ansicht der CDU-NRW gehören zu den unverzichtbaren Elementen der sozialen Ordnung in der Sozialen Marktwirtschaft auch künftig, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer, die grundgesetzlich geschützte Tarifautonomie, die Absicherung der großen sozialen Risiken in der Sozialversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. ■



# Informationsblatt „Wir“

Der CDU-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern gab jetzt die erste Nummer einer Mitgliederzeitung heraus. Die Zeitung wird künftig vierteljährlich dem Union Magazin beiliegen. Sie soll regelmäßig über Daten und Fakten, über die wichtigsten Vorgänge in der CDU Mecklenburg-Vorpommern berichten und zugleich Themen aufgreifen, die zur Diskussion den Mitgliedern gestellt werden.

Das Titelthema der ersten Ausgabe heißt „Mitgliederwerbung jetzt“. Für die Zeit bis zu den Wahlen 1998 hat sich der Landesverband zum Ziel gesetzt, verstärkt das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen, um neue Mitglieder zu gewinnen. Die Parteimitglieder werden auf-



## Partei aktiv

gefordert, Menschen aus ihrem Bekanntheitskreis anzusprechen, von denen sie annehmen, daß sie der Union zuneigen. Insgesamt sollte die Zeit zwischen den Wahlen als Chance begriffen werden „einmal zu zeigen, wie Politik gemacht wird, wenn sie sich nicht auf die Zeiten vor Wahlen beschränkt“, so die Landesvorsitzende, Bundesministerin Angela Merkel.

## Mundartabend

Der CDU-Stadtverband Wittlich führte am 14. November 1996 seinen 10. Mundartabend durch. Alle Veranstaltungen waren bisher durchschnittlich von 200 bis 250 Personen besucht. Für den letzten Mundartabend waren innerhalb eines Tages alle 280 Eintrittskarten zum Preise von 5,00 DM verkauft. Rechtzeitig zu diesem Abend hatte der Stadtverband das Liederheft – Wedlia Leedabeeschelschi, Lieder aus Wittlich – herausgegeben (1.000 Exemplare), das trotz des Preises von ebenfalls 5,00 DM reißenden Absatz findet.

Zur Vorbereitung des Heftes hatte der Stadtverband die Bürgerinnen und Bürger von Wittlich gebeten, der CDU Liedertexte und Melodien zur Verfügung zu stellen. Das geschah in großem Umfang, so daß man sagen kann, daß in dem Liederheft alle bekannten mundartlichen Lieder aus Wittlich zusammengefaßt sind.

## Deutsch-Türkisches Fest der Begegnung

Der CDU-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde führte gemeinsam mit der CDA und der Türkischen Familien Union sowie dem Freiheitlich Türkisch-Deutschen Freundschaftsverein HÜR TÜRK am 23. November 1996 ein Deutsch-Türkisches Freundschaftsfest durch. Über 500 Besucher erlebten sechs Stunden lang eine



breite Mischung aus türkischer und deutscher Kultur. Damit übertraf die Beteiligung alle Erwartungen. 70 Helfer hatten sich an den Vorbereitungen beteiligt, dazu kamen deutsche und türkische Musikgruppen. Türkische Familien hatten ein üppiges Buffet zubereitet.

Der Kreisvorsitzende der CDU, Otto Bernhardt, und der Vorsitzende der Türkischen Familien Union, Mehmet Ene, stimmten überein, daß man in der Vergangenheit viel zu wenig miteinander geredet habe. Künftig wolle man Fragen der Integration gemeinsam diskutieren. Das Ziel des Abends,



sich gegenseitig besser kennenzulernen, sei voll erreicht worden. Die Lokalpresse berichtete breit über dieses erste große Deutsch-Türkische Freundschaftsfest in Rendsburg.

## 50 Jahre CDU

*Die Geschichte der CDU ist mit der Geschichte des demokratischen Neubeginns in Deutschland aufs engste verbunden. 1945 aus einer spontanen Gründungswelle hervorgegangen, entwickelte sie sich zur erfolgreichsten politischen Formation der demokratischen Parteiengeschichte Deutschlands. Mit ihrer Politik der europäischen Integration, der Sozialen Marktwirtschaft und der deutschen Einheit, mit Staatsmännern wie Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Helmut Kohl hat sie „Geschichte gemacht“.*

*In diesem Band, mit einem Grußwort von Helmut Kohl, beschäftigen sich namhafte Wissenschaftler und Politiker mit der Gründungsgeschichte, den politischen Weichenstellungen und der Zukunft der „Union“.*



**In Verantwortung für Deutschland  
50 Jahre CDU**  
Böhlau Verlag GmbH & CIE,  
Theodor-Heuss-Str. 76, 51149 Köln  
DM 19,80, ISBN 3-412-09596-6



**EURO PAKET 1**

BESTELL-NR.: 11217

**Inhalt****Anzahl**

★ Ankündigungsplakat A1	25
★ Deko-Plakat A1	25
★ Deko-Plakat A 2	25
★ Deko-Plakat: 50 cm x 126 cm (Rednerpultverkleidung)	5
★ Rahmenflugblätter	500
★ Aktionsleitfaden	1

**Preis: 55.- DM zzgl. MwSt.****Aktion EURO**

Am Ende dieses Jahrtausends stehen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vor einer großen Herausforderung: Mit der Wirtschafts- und Währungsunion wird ein weiterer Schritt zur Integration Europas unternommen. Die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung ist die logische Ergänzung zum Binnenmarkt.

Der künftige „EURO“ bietet gerade uns Deutschen vielfältige Chancen. Eine gemeinsame stabile Währung ist für unsere im Export starke Wirtschaft von erheblichen Vorteilen. Mit einer einheitlichen europäischen Währung können Unternehmen sicherer planen und investieren, weil innereuropäische Wechselkurschwankungen wegfallen.

Die Aufgabe der kommenden Monate ist es nun, die Information sowie den Dialog mit den Bürgern vor Ort zu intensivieren, und Vorbehalte abzubauen. Zu diesem Zweck hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle einige Materialien entwickelt, die wir Ihnen auf den folgenden Seiten vorstellen, die Ihnen bei der Durchführung Ihrer Aktion hilfreich sein sollen. Bestellen können Sie diese Materialien wie gewohnt über folgende Anschrift:

**IS-Versandzentrum**  
**Postfach 1164**  
**33759 Versmold**  
**Fax: 05423/41521**

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

**EURO PAKET 2**

BESTELL-NR.: 11218

**Inhalt****Anzahl**

★ Ankündigungsplakat A1	50
★ Deko-Plakat A1	50
★ Deko-Plakat A 2	50
★ Deko-Plakat: 50 cm x 126 cm (Rednerpultverkleidung)	10
★ Rahmenflugblätter	1000
★ Aktionsleitfaden	2
★ Mikrofonschutz	2
★ Rückwand-Groß-Display	1

**Preis: 460.- DM zzgl. MwSt.**



## AKTIONSBESTELLSCH EIN

**EURO** Die Währung für eine sichere Zukunft

IS-Versandzentrum  
Postfach 11 64  
33759 Versmold

Telefax (0 54 23) 4 15 21

 **JA**, ich bestelle:

## ABSENDER/RECHNUNGSANSCHRIFT:

.....  
CDU-Verband

.....  
Ansprechpartner

.....  
Straße

.....  
Plz, Ort

.....  
Tel.Nr.:

Bestell-Nr.	Menge	Artikelbezeichnung	Bestell- einheit DM	Preis je Einheit DM	Gesamt
11217		<b>EURO</b> -Veranstaltungspaket - 1 -	1	55,-	
11218		<b>EURO</b> -Veranstaltungspaket - 2 -	1	460,-	
8221		Ankündigungsplakat, DIN A1	50	22,-	
8178		Deko-Plakat, DIN A1	50	22,-	
8179		Deko-Plakat, DIN A2	50	18,-	
8220		Deko-Plakat, Format: 50cm x 126cm (auch als Rednerpultverkleidung verwendbar)	10	13,20	
1183		Rahmenflugblatt, DIN A4	500	15,-	
4219		Aktionsleitfaden	5	10,-	
2172		Faltblatt -Zehn gute Gründe für den EURO-	100	20,-	
5176		Broschüre -EURO-Die Währung für eine sichere Zukunft-	25	15,25	
9088		Mikrofonwindschutz	1	29,-	
0173		Rückwand-Groß-Display, (Breite 1,87m Höhe: 2,70m)	1	350,-	
9224		Kugelschreiber <b>EURO</b>	100	40,-	
9506		Feuerzeug <b>EURO</b>	25	23,75	

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versandkosten

.....  
Datum, Unterschrift



Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand\*

### Bestellungen an:

IS-Versandzentrum  
Postfach 11 64  
33759 Versmold  
Fax (0 54 23) 4 15 21

(\*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

## Zwei Seiten derselben Medaille



▲ Deko-Plakat DIN A2 (Bestell-Nr. 8179)



▲ Deko-Plakat DIN A1 (Bestell-Nr. 8178)



▲ Kugelschreiber (Bestell-Nr. 9224)



▲ Feuerzeuge (Bestell-Nr. 9506)



▲ Rednerpult-  
verkleidung  
Deko-Plakat  
50 cm x 126 cm  
(Bestell-Nr. 8220)



▲ Mustereinladung auf Rahmenvordruck  
DIN A4 (Bestell-Nr. 1183)

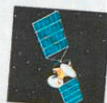


▲ Broschüre  
(Bestell-Nr. 5176)



**EURO****Zehn gute Gründe  
für den EURO****WIR  
GESTALTEN  
ZUKUNFT** **CDU**

120	PARIS/STUT
121	FRANKFURT
122	MÜNCH
123	STUTTGART
124	BERLIN
125	AMSTERDAM
126	MÜNCHEN
127	HAMBURG

**EURO**  
**Die Währung  
für eine sichere  
Zukunft**Argumente für die politische  
Diskussion rund um den **EURO****WIR  
GESTALTEN  
ZUKUNFT** **CDU****EURO****Die Währung für  
eine sichere Zukunft****4. November 1996,  
19.00 Uhr,  
Koblenz,  
Rhein-Mosel-Halle**Johannes Gerster, Mit-  
funktionär und Landesvorsitzender  
der CDU Rheinland-PfalzDr. Werner Langen,  
EuropaparlamentarierDr. Manfred Weber,  
Bundesverband Deutscher Banken**WIR  
GESTALTEN  
ZUKUNFT** **CDU**

- **EURO – Die Währung für eine sichere Zukunft, Broschüre**

Bestell-Nr.: 5176

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 15,25 DM

- **Zehn gute Gründe für den EURO**

Bestell-Nr.: 2172

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 20,00 DM

- **EURO-Ankündigungsplakat DIN A1**

Bestell-Nr.: 8221

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 22,00 DM



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
53014 BONN



**EURO –**  
Die Währung für eine  
sichere Zukunft.

● Rückwand-Groß-Display  
Bestell-Nr.: 0173  
Verpackungseinheit: 1 Expl.  
Preis je Expl.: 350,- DM



# UiD

2/1997

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.